

GETRENNTE VERGANGENHEIT - GEMEINSAME GESCHICHTE?

Protokoll einer Podiumsdiskussion vom 29. Mai 1999

mit Prof. Dr. Mary Fulbrook, Prof. Dr. Klaus-Dietmar Henke,
Prof. Dr. Hildegard Maria Nickel, Prof. Dr. Hermann Weber,
Prof. Dr. Udo Wengst und Dr. Stefan Wolle

Moderation: Prof. Dr. Konrad Jarausch

Konrad H. Jarausch, Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam:

Einführend, als An-Moderation für diese erste Diskussionsrunde heute morgen, möchte ich versuchen, mit einigen Stichworten die Themen, die gestern von Bundespräsident Thierse und von meinem Kollegen Christoph Klessmann angedacht worden sind, noch etwas zu präzisieren und zuzuspitzen. Ich hoffe, daraus die zentralen Fragen zu entwickeln, die dieses Geschichtsforum bewegen und deutsche Zeithistoriker herausfordern. Es handelt sich um die Diskussion der unterschiedlichen Wege zur Erarbeitung einer gemeinsamen Geschichte aus den getrennten Vergangenheiten.

Im Vergleich zum westlichen Ausland tut sich meines Erachtens die Bundesrepublik schwer bei der Begehung von Jahrestagen. Auch bei erfreulichen Anlässen wie dem fünfzigsten Jubiläum ihrer Gründung hat es keine spontane Volksfröhlichkeit gegeben, also keine Feuerwerke und irgendwelche Aufläufe und Jahrmärkte, sondern nur ein ernstes Feiern der Eliten. Denn die Geschichte wird in Deutschland gemeinhin als bedrückende Last, statt als Quelle von frohen Erinnerungen verstanden. Die diversen Ursachen für diese Unsicherheit im Umgang mit der Vergangenheit liegen natürlich einmal in den Ereignissen selbst, den Brüchen und Verwerfungen der Vergangenheit im 20. Jahrhundert, die positivere Entwicklungen wie die Wiedererringung der Einheit vor zehn Jahren überschatten. Gleichzeitig komplizieren abschreckende Erfahrungen mit der politischen Instrumentalisierung der Geschichte zur Legitimierung der Rechts- und Linksdiktaturen eine unbeschwerte Rückbesinnung und werfen Zweifel an einer zuverlässigen Deutung des Geschehenen auf. Schliesslich leisten auch die unzähligen Mediendarstellungen, die Schnappschüsse oder Filmclips als Suggestivbilder verbreiten, einer Beliebigkeit des Erinnerns Vorschub, welche die allgemeine Orientierungslosigkeit verstärkt.

Eine abwägende Beschäftigung mit der jüngsten Geschichte wird noch durch eine Reihe von kulturellen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte erschwert, die das methodische Rüstzeug der Historiker verändert haben. Die geschichtspoli-

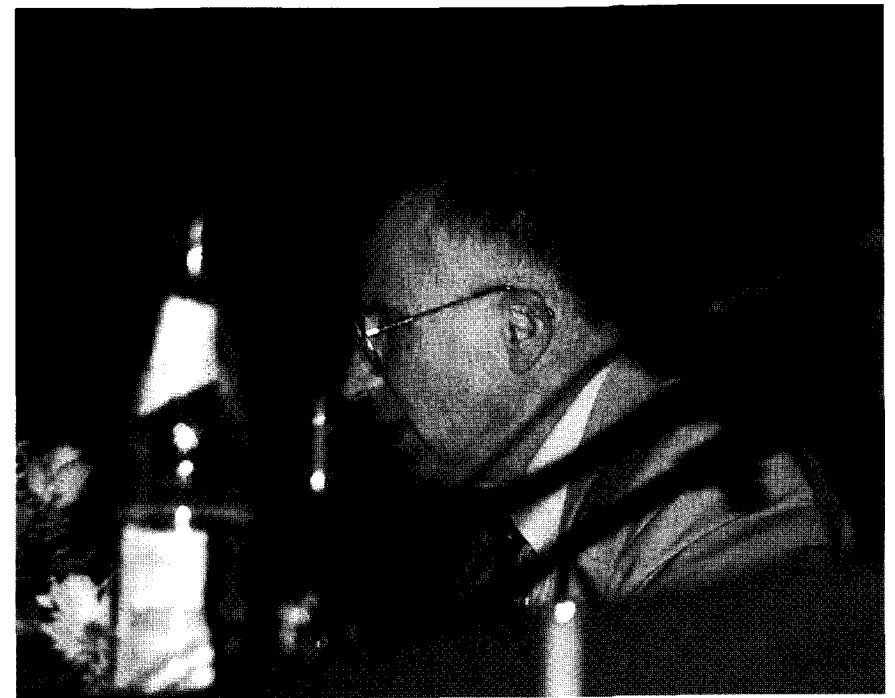
tisch ausgerichteten Kontroversen über strittige Themen des NS-Regimes, der SED-Diktatur oder der bundesdeutschen Entwicklung berücksichtigen kaum, dass sich die philosophischen Prämissen historischer Erklärung grundlegend verschoben haben. Die Kritik des Poststrukturalismus - und ich will nur ein paar Aspekte andeuten - hat den traditionellen Objektivitätsbegriff weitgehend aufgelöst und durch ein konstruktivistisches Geschichtsverständnis als Dialog zwischen Vergangenheit und Gegenwart ersetzt. Die grossen Meistererzählungen der bürgerlichen Nationalgeschichte des 19. Jahrhunderts, die an der Berliner Universität durch Treitschke vertreten worden sind, oder der marxistisch-leninistischen Gegengeschichte der DDR, die ebenso hier im Hause beheimatet war, und auch einer progressiven Gesellschaftsgeschichte Westdeutschlands, die sich mittlerweile hier auch eingenistet hat - Stichwort Sonderweg -, sind durch die Zäsuren von 1945, etwas weniger auch von 1968, aber dann besonders von 1989 sukzessive zerfallen, ohne durch eine neue einheitliche Narrative abgelöst zu werden. Gleichzeitig haben sich die konfligierenden Erinnerungen der Zeitgenossen immer mehr Gehör verschafft, indem sie im Gegensatz zu dem kritischen öffentlichen kulturellen Gedächtnis an der Authentizität ihrer persönlichen Erlebnisse festhalten und betroffene oder nostalgische Versionen der Vergangenheit propagieren.

Diese allgemeinen Tendenzen haben besonders gravierende Konsequenzen für den Bereich der Nachkriegsgeschichte, weil hier der Prozess der Verwandlung von Gegenwart in das, was Vergangenheit oder Geschichte genannt wird, erst am Anfang steht. Wie der Titel dieses Kongresses bereits andeutet, hat die Zäsur des demokratischen Aufbruchs und der daraus folgenden Vereinigung ein unerwartetes Problem geschaffen, nämlich die Zusammenführung der getrennten Vergangenheiten in eine gemeinsame Geschichte. Die Öffnung der ostdeutschen Akten mit ihren sensationellen Enthüllungen zur Deutschlandpolitik oder zum Herrschaftssystem der SED oder zu den Stasi-Unterdrückungsmassnahmen haben eine quantitative Verschiebung der Forschungsinteressen von der Bundesrepublik auf die DDR ausgelöst. Zumal es sich um die jüngste Vergangenheit handelt, einem Zeitraum, der im Westen noch weitgehend unerforscht ist, weil dort die 30-Jahresregel des Zugangs zu den Archiven gilt. Auch spielen die unterschiedlichen persönlichen Erinnerungen von Ost und West in den Auseinandersetzungen um den Grundkonsens der erweiterten Bundesrepublik eine so wichtige Rolle, dass das öffentliche Interesse eine wissenschaftliche Analyse der dahinter stehenden Vorgänge verlangt.

Bei der Integration ostdeutscher Erfahrungen geht es nicht nur darum, eine adäquate Form der Darstellung zu finden, sondern auch darum, wie die beiden konkurrierenden Systeme zu bewerten sind. Ist die Entwicklung der DDR - wie es manchmal im Haus der Geschichte in Bonn anklingt - nicht mehr als eine dunkle Kontrastfolie zur strahlenden Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik? Wenn man von Stefan Heyms Seufzer ausgeht, könnte man daher fragen, ob die DDR nur eine Fussnote der Weltgeschichte sein wird, ob sie eines separaten Kapitels in der

Nachkriegsgeschichte bedarf, wie es in einigen Überblicksdarstellungen auch gehandhabt wird, oder ob sie einen eigenständigen Teil der deutsch-deutschen Vergangenheit darstellt?

Die Erarbeitung einer gemeinsamen Zeitgeschichte hat noch mit einigen anderen Problemen zu kämpfen. Zunächst einmal illustrieren die ideologischen Grabenkriege um Totalitarismuskonzepte oder Antifaschismuskonzepte wie schwierig es ist, tragfähige theoretische Interpretationsmuster zu finden. Denn die Politisierung der Schlüsselkonzepte erschwert eine sachliche und differenzierte Analyse. Allzuoft werden Begriffe wie „Unrechtsstaat“ und Methoden wie „Diktaturvergleich“ als ideologische Waffen eingesetzt, statt der Erklärung komplexer Zusammenhänge zu dienen. Dann weist der Streit über Implikationen der europäischen Integration und der Globalisierung in den Zeitungen auf die Notwendigkeit einer Ausweitung der Perspektiven auf die internationalen Rahmenbedingungen hin, um sich aus dem Provinzialismus des deutsch-deutschen Sonderkonflikts zu befreien. Muss man daran erinnern, dass die Teilung durch den Kalten Krieg zumindest vertieft wurde, die beiden Nachfolgestaaten durch Tendenzen der Amerikanisierung oder Sowjetisierung geprägt waren oder dass die Vereinigung nur durch das Ende des Ost-West-Konflikts möglich wurde?



Moderator Konrad Jarausch bei seinem Eröffnungsstatement

Schliesslich wirft die Aufregung der Medien über das Ende des Millenniums, obwohl dies nur ein kalendarisches Artefakt ist, die Frage nach dem Verhältnis zwischen der katastrophengeprägten ersten und der zu einer gewissen Normalität zurückkehrenden zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts auf. Die Nachwirkungen der Weltkriege, die unterschiedlichen Lernprozesse während der beiden Nachkriegszeiten und die wachsende Präsenz des Holocausts Jahrzehnte nach den schrecklichen Ereignissen sind noch nicht hinreichend reflektiert. Trotzdem hat die öffentliche und wissenschaftliche Debatte mittlerweile eine Reihe von potentiellen Lösungsmöglichkeiten hervorgebracht, die ich kurz andeuten möchte und deren jeweilige Vor- und Nachteile das Podium gleich weiter diskutieren sollte.

Hinter den praktischen Fragen, wie den möglichen Erzählstrukturen, verbergen sich divergierende Konzeptionen der deutschen Nachkriegsgeschichte, die zwar jeweils eine gewisse Plausibilität besitzen, aber nur partielle Zugriffe bieten. Der am leichtesten durchführbare und weiterhin mit Erfolg praktizierte Ansatz ist eine unabhängige Parallelgeschichte, welche sich jeweils auf einen Staat beschränkt und den Zusammenhang beider Staaten nur am Rande thematisiert. Die soeben erschienenen Überblicke über die Geschichte der DDR von Ulrich Mählert oder der Bundesrepublik von Manfred Görtemaker legen eine imponierende Summe der Spezialforschungen zu ihrem Teilstaat vor, konservieren aber durch ihre Beschränkung auf einen der konkurrierenden Staaten die Teilung gleichsam in historiographischer Form. Auf die Dauer würde - glaube ich - ein Fortschreiben solcher Teilgeschichten wohl die Geschichte der alten Bundesrepublik als des grösseren und erfolgreicherer Staates zur Norm erheben.

Eine brisante Variante ist das Plädoyer für eine Wiederaufnahme der unterbrochenen Nationalgeschichte, die vor allem vom rechten publizistischen Spektrum, durch Herrn Zittelmann u. a., unter der Flagge der Normalisierung, das heisst der Rückkehr zu einer in anderen Ländern selbstverständlichen affirmativen Meistererzählung des Nationalstaates, propagiert wird. Dieser Versuch der Wiederanknüpfung an ältere historiographische Traditionen ist zwar auf den ersten Blick bestechend, da er die gemeinsame historische Herkunft stark macht und eine gemeinsame Zukunft extrapoliert, jedoch ist der Nationsbegriff im deutschen Sprachraum ungeheuer belastet und der nationale Ansatz setzt gerade die Weiterexistenz der Nation voraus, die unter Bedingungen der Teilung das eigentliche Explanandum sein sollte oder zumindest zu problematisieren wäre.

Überzeugendere Antworten auf diese konzeptionellen Herausforderungen weisen daher in andere interpretative Richtungen. Eine von Christoph Klessmann angeregte Alternative könnte die Erarbeitung einer asymmetrisch bezogenen Doppelgeschichte der beiden deutschen Staaten sein. Der Vorteil dieses etwas paradoxen, aber offenen Zugriffs ist die gleichzeitige Betonung von Abgrenzung und Verflechtung, die durch ihre Situationsbedingtheit teils unabhängige, teils verwickelte Entwicklungen deutlich machen kann. Allerdings weist schon die

sprachlich komplexe Begriffshäufung darauf hin, dass auch dieser Ansatz zunächst von der Beziehung der Teilstaaten ausgeht, bevor er gesellschaftliche Prozesse, kulturelle Tendenzen oder auch alltägliche Lebenspraxen in den Blick nimmt.

Ein letztes Angebot, das mir selbst sehr am Herzen liegt und sich weniger auf die staatliche Ebene als auf die von den Menschen auf beiden Seiten zu lösenden Fragen konzentriert, wäre daher eine kontrastierende Problemgeschichte. Mussten sich nicht alle besiegten Deutschen im Jahre 1945 mit den Besatzungsmächten arrangieren, zerstörte Städte wiederaufbauen, die wirtschaftliche Produktion in Gang setzen und ihr kulturelles Leben erneuern? Zweifellos entwickelten die Teilstaaten ihre eigene Dynamik, aber auch in späteren Jahrzehnten hatten sie mit ähnlichen Problemen, wie zum Beispiel dem Arbeitskräftemangel, zu kämpfen, und ihre unterschiedlichen Reaktionen, wie die Mobilisierung von Frauen im Osten oder der Import von Gastarbeitern im Westen, werfen Schlaglichter auf die konkurrierenden Systeme, ohne sie dadurch gleichzusetzen.

Wenn man auf die politische Kultur blickt, fallen vor allem die von der totalen Niederlage ausgelösten Lernprozesse auf, die zu fundamentalen Veränderungen wie zu einem Abrücken vom Nationalismus, zu einer mindestens teilweisen Entmilitarisierung, zur kritischen Verarbeitung der Vergangenheit usw. führten. Auf der einen Seite mündeten sie in die Errichtung einer fürsorglichen Parteidiktatur, wie ich argumentiert habe, aber auf der anderen Seite machten sie eine stufenweise Demokratisierung der Deutschen möglich, wie von Doering-Manteuffel, Axel Schildt und anderen immer wieder hervorgehoben wird.

Eine solche Perspektive würde nicht nur die darstellerische oder normative Gewichtung von Erfahrungen in Ost und West erleichtern, sondern auch die Ausarbeitung einer auf inhaltliche Probleme gerichteten Wandlungsgeschichte der gemeinsam getrennten Deutschen anregen.

Ziel dieser Eröffnungssitzung und damit auch der gesamten Veranstaltung ist es, eine neue Diskussion über die zentralen Fragen der Konstruktion einer gemeinsamen Nachkriegsgeschichte aus getrennten Vergangenheiten anzustossen. Dabei sollte man keine endgültigen Antworten erwarten, sich aus den folgenden Debatten wohl aber ein geschärftes Bewusstsein der eigentlichen Problematik erhoffen. Die nunmehr fast zehnjährige Distanz zur Zäsur der Vereinigung und der gegenwärtige Methodenpluralismus haben eine entspannte Situation geschaffen, die eine bewusste Wahl zwischen unterschiedlichen Darstellungsformen und Interpretationsansätzen möglich macht. Zur Überwindung der Zersplitterung in verschiedene Teilbereiche sollte die Zusammenführung der weitgehend segmentierten Diskussionen über den Nationalsozialismus, die SED-Diktatur und die Entwicklung der Bundesrepublik höchste Priorität haben. Kürzlich hat der Publizist Peter Bender deswegen darauf hingewiesen, „so werden wir jetzt langsam reif, uns zu überlegen, wie wir zu einer Nachkriegsgeschichte unseres ganzen Landes kommen.“ Nur wenn sich die Debatte

über den Diktaturvergleich hinausbewegt und auch den langen Weg zur Demokratie, der durchaus erklärungsbedürftig ist, mit einbezieht, werden die vielfältigen Zusammenhänge zwischen den Komplexen deutlich werden und sich langsam die Umrisse einer gemeinsamen Zeitgeschichte abzeichnen.

Allerdings kann das Resultat solcher Überlegungen nicht die Erfindung einer neuen nationalen Meistererzählung sein, so wichtig die Stiftung einer demokratischen historischen Identität für die Bundesrepublik auch sein mag. Die erschreckenden Beispiele der Verstrickung der Volksgeschichte in den Holocaust und der Selbstinstrumentalisierung marxistischer Historiker zur Rechtfertigung der SED-Diktatur sollten die Notwendigkeit einer kritischen Distanz zwischen Geschichtswissenschaft und politischer Herrschaft in allen Zeiten deutlich machen.

Zur Schärfung dieses selbstkritischen Potentials der Demokratie ist eine Pluralisierung deutscher Geschichten vonnöten, die unterschiedliche Entwicklungen in sich aufnimmt, um die Vielfältigkeit östlicher und westlicher Vergangenheiten widerzuspiegeln. Gerade im europäischen Einigungsprozess braucht die erweiterte Bundesrepublik ein offenes Verständnis ihrer widersprüchlichen Erfahrungen, das endlich die Gebrochenheit deutscher Erlebnisse durch die multiplen Zäsuren des 20. Jahrhunderts akzeptiert. Statt eine konsensuale Sinnstiftung anzustreben, die ohnehin nur Widerspruch herausfordern würde, kann ein gemeinsames Geschichtsverständnis nur aus einer von kontrastierenden Standpunkten und persönlichen Erinnerungen gespeisten Debatte entstehen. Dabei wird der unabdingbare Bezug auf die Katastrophen der Vergangenheit durch stärkere Berücksichtigung von zivilgesellschaftlichen Lernprozessen erweitert werden müssen, um in Zukunft ein weiterhin nachdenkliches, aber gleichzeitig auch erfreutes Feiern von Gedenktagen zu ermöglichen.

Ich denke, wir fangen gleich mit einer Frage an, und zwar dem Hauptproblem unseres Kongresses: der Integration der DDR-Vergangenheit in die gemeinsame Geschichte der Bundesrepublik. Dabei geht es um solche Dinge, wie die Behandlung der ostdeutschen Entwicklungen und Erinnerungen, welche Ergebnisse der grosse Forschungsaufwand mittlerweile erreicht hat und welche Defizite uns noch bleiben.

Hermann Weber, Universität Mannheim:

Die Methode, die notwendig sein wird, diese gesamtdeutsche Geschichte zu beschreiben, ist ganz wichtig, aber noch wichtiger scheint mir die grundsätzliche Einschätzung des jeweiligen Teilstaates, in diesem Falle eben der DDR, zu sein. Ich bin ganz der Meinung, die gestern Bundestagspräsident Thierse äusserte, dass nämlich wir uns davor hüten müssen, durch das Zeigen der dunklen Seiten der einen Seite, der DDR, eine Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik ableiten zu

wollen. Denn auch die Bundesrepublik hat dunkle Seiten, wenn man an die Anfänge denkt: Restaurationstendenzen. Ich habe mich sehr viel mit Gewerkschaften befasst und habe gesehen, wieviel diese kämpfen mussten, um den Sozialstaat zu erreichen, den wir hatten. Es darf also in der Tat nicht so sein, dass die eine Seite der Geschichte geschrieben wird, um die andere schönzufärben. Nur kann deswegen der grundsätzliche Unterschied, der zwischen diesen beiden Staaten nach 1945 existierte, zwischen Demokratie und Diktatur, in keiner Weise verwischt werden. Und bei aller Berechtigung, Alltagsgeschichte, Sozialgeschichte usw. einzubeziehen, müssen natürlich die Herrschaftsstrukturen der SED-Diktatur herausgearbeitet werden. Denn wie soll man sonst diesen Staat einschätzen können?

Nun kann man sagen, die frühere Darstellung der DDR-Geschichte hat sich schon genügend damit beschäftigt. Der Hauptgegensatz ist überwunden. Wir hatten eine mit sehr starken Ressourcen ausgestattete Geschichtsschreibung der DDR gehabt, die in erster Linie der Legitimation der Führung dienen sollte und die zeigen sollte, dass die DDR der bessere deutsche Staat war. Aber wir haben im Westen eine relativ schwache Beobachtung dieser Entwicklung gehabt, die durch den Pluralismus natürlich auch zu unterschiedlichen Aussagen gekommen ist. Heute ist dieser Grundgegensatz vorbei, obwohl natürlich manche nostalgische Darstellung immer noch erkennen lässt, dass eine gewisse Parteilichkeit bei denen, die damals die Geschichte ihres eigenen Staates, der DDR, schrieben, auch zehn Jahre nach dem Ende dieses Staates nicht einfach verschwunden ist. Worauf können wir uns einigen, wenn wir uns den Vergleich dieser beiden deutschen Staaten anschauen? Es gibt wohl keinen Gegensatz, was die Voraussetzung der Teilung war. Manche Kommentatoren haben mit Recht auf den Kalten Krieg hingewiesen. Aber das ist nur der zweite Schritt. Der erste Schritt, der unterschiedliche Truppen, wie die der Sowjets und der Amerikaner nach Deutschland führte, war der von Deutschland unter Hitler begonnene Krieg. Es darf nie vergessen werden, dass in Folge dieses Krieges die Besatzungszonen und aus den Besatzungszonen heraus dann eben zwei deutsche Staaten entstanden sind. Mir scheint, dass ist etwas, was immer wieder klar gesagt werden muss. Weil damit auch deutlich wird, dass etwa die Entwicklung der DDR nach 1945, anders als die Entwicklung in Deutschland nach 1933, nicht von einer breiten Schicht der dortigen Bevölkerung gewollt und getragen worden ist, sondern von den Zufällen dieser Spaltung. Man braucht nur zu überlegen: Wenn die Kommission, die im Oktober/November 1944 in London die Besatzungsgrenzen festgelegt hat, gesagt hätte, Thüringen kommt zur amerikanischen Zone, Schleswig-Holstein zur sowjetischen Zone, dann hätte die DDR völlig anders ausgesehen. Aber das muss man überlegen, um zu sehen, da liegt der Grund der Teilung im Kalten Krieg. Und es war kein Zufall, dass mit der Aufhebung des Kalten Krieges dann auch die Teilung überwunden werden konnte.

Insgesamt sind wir so weit, dass wir überlegen können, wie diese Geschichte geschrieben werden soll. Und ich plädiere hier auch dafür, stärker als es früher in der Geschichtsschreibung war und stärker als mancher das heute sehen will, auch gerade bei der DDR (ähnlich wie bei der Betrachtung der nationalsozialistischen Diktatur) nicht nur das Herrschaftssystem und die Herrschenden im Auge zu haben, sondern die Betroffenen, und hier besonders die Verfolgten. Es ist ein legitimer Ansatz, der häufig angegriffen wird, wenn man prüft, welche Folgen eine solche Diktatur hatte für diejenigen, die versuchten, sich dagegen zu wehren. Wenn wir wollen, und das wollen wir doch hoffentlich alle, dass wir eine gesunde demokratische Entwicklung in diesem Gesamtdeutschland haben, dann müssen wir auch prüfen, wo sind denn die Traditionen, die wir haben, um diese Demokratie zu festigen. Und dann sind die, die unter der Diktatur für Demokratie eingetreten sind, natürlich besonders zu berücksichtigen. Das ist etwas, was manchmal als einseitig bezeichnet wird, aber im Sinne einer demokratischen Kultur scheint mir das wesentlich.

Noch ein Hinweis: Ich glaube, die Schwächen der DDR, die trotz aller Schwächen der Bundesrepublik bei einem Vergleich beider deutscher Staaten sofort ins Auge springen, resultieren aus der von mir vorhin schon genannten Diktatur auf der einen Seite und der parlamentarischen Demokratie auf der anderen Seite. Aber wir haben für die DDR noch eine zusätzliche Besonderheit. Es war ja nicht nur die Übertragung der stalinistischen Diktatur nach 1945, die die Schwierigkeiten der Existenz des Staates mit sich brachte. Es war auch die Tatsache, dass die DDR im Gegensatz zu anderen kommunistisch regierten Staaten ein Teilstaat war, der immer auf den grösseren, den reicheren, den freien Teilstaat, die Bundesrepublik, fixiert geblieben ist. Und das macht es natürlich auch in einem solchen System für die Herrschenden schwierig und für die Beherrschten noch schwieriger, sich abzufinden mit dem, was da ist. Und das zweite ist, dass etwa im Gegensatz zu Albanien oder Bulgarien oder anderen Ländern die Übertragung dieses aus der Rückständigkeit Russlands entstandenen Stalinismus auf die DDR einerseits eine viel stärkere Opposition hervorbrachte, Opposition heisst auch, dass mehr als 2,5 Mio. Menschen bis 1961 die DDR verlassen haben (das kommt ja auch nicht von ungefähr und war eine Schwächung des Systems). Andererseits brachte es auch Schwierigkeiten der Herrschenden gegenüber dem Volk mit sich, weil hier eine sozioökonomische Basis da war, die dieser Realität nicht entsprach.

Zusammengefasst denke ich: Was wir brauchen, ist selbstverständlich keine isolierte Sicht, wenn es um Gesamteinschätzungen der deutschen Entwicklung geht. Was die Vergangenheit angeht, müssen wir immer die 12-jährige barbarische Nazi-Diktatur als Voraussetzung der späteren deutschen Entwicklung im Auge haben. Aber wir brauchen auch keine isolierte Sicht eines Staates, wir müssen beide als Teile sehen, denen Systeme aufgezwungen wurden - möchte ich fast behaupten -, einerseits die Diktatur im Osten, aber auch die parlamentarische

Demokratie im Westen durch die Westalliierten. Die Annahme dieser parlamentarischen Demokratie war aber ein grosser Erfolg für die deutsche Geschichte. Das alles ist im Zusammenhang zu sehen. Das bedeutet aber meines Erachtens, dass wir, um dies dann auch genügend in den Einzelheiten werten zu können, noch mehr Untersuchungen benötigen über die DDR.

Ich sitze gerade an der Überarbeitung meines im Oldenbourg Verlag erscheinenden „Grundrisses der DDR-Geschichte“ mit einem Forschungsbericht. Ich bin selbst - man nimmt das täglich zur Kenntnis, aber wenn man dann plötzlich gezwungen ist, das alles zusammen aufzunehmen - fast vom Stuhl gefallen als ich gesehen habe, welcher Riesenberg von Literatur seit 1993 (das war die letzte Auflage) bis 1998 erschienen ist. Also, hier wird sehr viel getan. Dennoch merkt man dann, wenn man die Forschungslücken benennt, wenn man die Desiderate sieht, was alles noch fehlt und noch aufgearbeitet werden muss. Und insoweit plädiere ich trotz dieser Fülle von Veröffentlichungen zur DDR-Geschichte auch weiterhin für detaillierte Monographien bestimmter Bereiche. Allerdings, wir dürfen dabei nicht vergessen, dass der demokratische Strang, nämlich die alte westdeutsche Bundesrepublik, dabei nicht in den Hintergrund geraten darf. Es zeigt sich, dass die DDR langsam im einzelnen bald besser aufgearbeitet ist als die alte Bundesrepublik. Auch das ist zu berücksichtigen, wenn es um die gesamtdeutsche Betrachtung geht.

Hildegard Nickel, Humboldt-Universität zu Berlin:

In der Betrachtung der Transformationsforschung, von der ich zunächst ausgehen möchte, lässt sich feststellen, dass es eine anachronistische Reflexion der deutschen Vereinigung gibt, und ich mache es jetzt einfach am Beispiel des Geschlechterverhältnisses deutlich, weil ich denke, hier konzentrieren sich auch bestimmte Fragestellungen. Man kann feststellen, dass die Transformationsforschung eine für mich sehr zentrale Leerstelle hat, nämlich das Geschlechterverhältnis. Diese Schiefelage der Transformationsforschung lässt sich folgendermassen charakterisieren: Im Mainstream der theoretischen Transformationsforschung sind Frauen als Untersuchungsgegenstand wie als Forschende weitgehend abwesend und Geschlecht als Untersuchungskategorie existiert kaum. In der Frauen- und Geschlechterforschung hingegen sind die Wandlungsprozesse im vereinten Deutschland kein theoretischer Gegenstand, sondern vielleicht hier dann in der Tat eher eine Fussnote. Doch ich denke, es wäre zu fragen und dann auch die Frage zu beantworten, was passiert eigentlich mit dem Geschlechterverhältnis, wenn gesellschaftliche Strukturen sich radikal wandeln. In einer Reihe von empirischen Untersuchungen zur Transformation tauchen Frauen als bevorzugte Problemgruppen auf. Sie sind dann entweder passiv, nämlich als die Verliererin der deutschen Einheit oder als die Opfer der Ökonomisierung der

Sozialbeziehungen, oder sie sind eigensinnige Quertreiberinnen, die zu wenig anpassungsbereit sind und trotz veränderter gesellschaftlicher Bedingungen an ihrer Erwerbsorientierung festhalten. Parallel also und hinterrücks zur hier auf dem Forum angesprochenen Unsicherheit im Umgang mit der Vergangenheit scheinen sich ganz spezifische Sinnstrukturen in der Transformationsforschung längst etabliert zu haben. Transformationsforschung leistet nach meinem Dafürhalten der Immunisierung gegen Geschlechterfragen Vorschub und - sozusagen als Nebenprodukt - einen Beitrag zur Remaskulinisierung der scientific community. Die methodische Herausforderung der Geschichtswissenschaft als eine Form des kollektiven Gedächtnisses besteht meines Erachtens demzufolge auch darin, die Herausforderung der feministischen Gesellschaftskritik aufzunehmen und für die Interpretation der deutsch-deutschen Nachkriegsgeschichte produktiv zu machen.

Meine zweite These lässt sich knapp zusammenfassen unter dem Stichwort: Zwei Kulturen - zwei Geschlechterordnungen in Deutschland. Die Sozialordnung der Zweigeschlechtlichkeit ist ja - wie wir wissen - ein allgemeines Konstruktionsprinzip der Industriegesellschaft und hatte sich auch in Deutschland durchgesetzt und etabliert und insofern gemeinsame nationale Traditionen hervorgebracht, die bisher auch - denke ich - viel zu wenig aufgearbeitet sind. Ich will auf einen Aspekt der Nachkriegsentwicklung eingehen, der unter anderem damit verbunden ist, dass Geschlechterpolitiken in Ost- und Westdeutschland, und zwar im Sinne von ideologischer Abgrenzung einerseits und referentiellen Bezug andererseits ordnend in die Konstituierung von Geschlechterverhältnissen eingriffen und schliesslich im Laufe von 40 Jahren zu deutlich unterscheidbaren Modifikationen im Geschlechterverhältnis geführt haben. Daraus leitet sich für die gemeinsame Geschichte die - denke ich - nicht unwesentliche Frage ab, ob das momentane Beharrungsvermögen eines ostdeutschen Geschlechterarrangements - das beispielhaft an der Erwerbsneigung von Frauen festzumachen versucht wird - lediglich ein temporärer Sonderweg ist, der sich im Generationenwechsel verwächst und schnell erledigt, oder ob das Modell Ost nicht möglicherweise die Zukunft West ist.

Und meine dritte und letzte These: Ich gehe davon aus, dass wir es mit einer asymmetrischen Beziehungsgeschichte zu tun haben. Die deutsch-deutsche Vereinigung kann beschrieben werden als ein doppelter ineinander verschlungener asymmetrischer Transformationsprozess. Die neuen Bundesländer sind ökonomisch und sozial strukturellen und konjunkturellen Wechselfällen ausgesetzt, die Anpassungsleistungen, die von der ostdeutschen Bevölkerung erbracht werden, sind daher weder einmaliger Natur noch sind sie allein dem Erbe der Vergangenheit anzulasten. Sondern ihr diskontinuierlicher Verlauf speist sich heute wesentlich aus den unbewältigten Krisenprozessen des Westens. Und das gilt - denke ich - seit Mitte der siebziger Jahre. Die von den DDR-Bürgern mitgebrachte Orientierung des Staatssozialismus ist nicht einfach eine abzuwerfende Altlast, sondern auch eine

Bedingung für heutige Reformpolitik. Dies ist Gegenstand anhaltender politischer Konflikte und daraus hervorgehender politischer Kompromissbildung. Die Transformationsprozesse führen - so denke ich - zu Hybridbildungen in allen Lebensformen. Transformation ist damit zunächst auch zu fassen oder zu verstehen als eine Pluralisierung von Organisationsformen der Lebensgestaltung, die einzeln in Ost bzw. in West, aber auch in jeglicher Kombination nebeneinander bestehen können. Da sich die Individuen als soziale Subjekte in dieser Pluralität bewegen, entwickeln sie auch die Fähigkeit, sich mehrerer Organisationsmöglichkeiten zu bedienen, sie zu benutzen, sie sich auch widerständig anzueignen, sie als Akteure in der Transformation umzuformen. Dabei darf allerdings nicht ausser acht gelassen werden, dass dieser doppelte Transformationsprozess Ost - West die Asymmetrie zugunsten der Dominanz des Westens beinhaltet. So sind im Westen auch die gesellschaftlichen Verhältnisse und Organisationsformen in Bewegung. Das liesse sich zeigen, wenn ich zurückkommen könnte auf das Geschlechterverhältnis, beispielsweise ja an der Erosion des männlichen Normalarbeitsverhältnisses. Weil sich auch für die Westdeutschen der Wandel in den vermeintlich stabilen, uns bekannten kapitalistischen Strukturen und Organisationen vollzieht, ist insofern tatsächlich auch von Asymmetrien in den Lebenswelten auszugehen.

Konrad H. Jarausch:

Das war eine klare Gegenposition. Wir haben also nunmehr schon zwei Bälle im Spiel, einmal eine Akzentuierung des Herrschaftssystems und zum anderen eine Akzentuierung der sozialen Verhaltensweisen. Aber ich möchte gleich den zweiten Komplex ansprechen und nach den theoretischen Interpretationsmustern einer gemeinsamen Nachkriegsgeschichte fragen und dabei mit dem Phänomen der Totalitarismus-Renaissance beginnen. Gleichzeitig wäre die Frage nach den Alternativen, wie dem Diktaturenvergleich, zu stellen und die politischen Implikationen der jeweiligen Konstruktion dieser Konzepte etwas zu diskutieren.

Klaus-Dietmar Henke, Hannah-Arndt-Institut, Dresden:

Ich möchte mich in meinen kurzen Bemerkungen nicht so sehr darauf konzentrieren, was man unter Totalitarismus zu verstehen hat - wir brauchen nicht den alten Streit der fünfziger Jahre wieder zu exhumieren -, sondern ich möchte mich hier auf drei Punkte konzentrieren, die auch gestern in der Rede von Herrn Thierse angesprochen worden sind.

Das ist einmal die Spannung von wissenschaftlicher Analyse und persönlichem Erleben. Deswegen hatten wir ja in den letzten zehn Jahren bei der DDR- und bei der Bundesrepublikdeutung auch einige Probleme miteinander. Das zweite sind die historischen Zugänge, und da glaube ich schon, dass man hier

eine Werteorientierung einführen muss, weil eben nicht alles gleich und grau und ähnlich begann und weiterging in Ost und West. Zum dritten schliesslich ein Wort zum praktischen Nutzen eines Modells, das ich Ihnen kurz vorstellen möchte.

Bei der Herstellung der Einheit seit 1990 besteht - und das liegt auf der Hand - ein hochgradig asymmetrischer Veränderungsdruck. Die Ostdeutschen sollen die Regeln, die Normen und die Geschichtsbilder übernehmen, mit denen wir Westdeutschen ganz selbstverständlich über zwei Generationen hinweg aufgewachsen sind. Die Hoffnung, dass das schnell gehen könne oder dass das nun aber zügig gehen müsse, ist zwar völlig verständlich, aber leider völlig vergeblich. Das kann nicht funktionieren. Es ist überhaupt die Frage, die wir auch als Historiker an uns selber stellen müssen, ob die Geschichtsforschung und die politische Bildung überhaupt einen wesentlichen Beitrag zur Vergrösserung dieses gemeinsamen Vorrates zwischen Ost und West leisten kann. Das Gegenteil könnte nämlich der Fall sein und ist es zum Teil auch. Nämlich dann, wenn die Menschen, die in der DDR gelebt haben, den Eindruck gewinnen, dass mit der historisch weiss Gott gerechtfertigten Entwertung der DDR als Diktatur zugleich die ungerechtfertigte Entwertung der Biographien der Menschen einhergeht, die in der DDR gelebt haben, also „die Würde des wirklich gelebten Lebens“, wie Herr Thierse es gestern ausgedrückt hat.

Seit 1989 stehen wir als Historiker ja vor dem Dilemma, dass der normative öffentliche Diskurs über Diktatur oder Demokratie immer in einem riesigen Spannungsfeld steht zu der subjektiven Werteüberzeugung der Menschen, die in der Demokratie oder der Diktatur gelebt haben. Das war nach 1945 genauso wie nach 1990. So kurz nach einem so tiefen Umbruch wie nach 1945 oder nach 1989 ist die Gefahr der Kränkung und der Frustration derjenigen, die diese Zeit miterlebt haben - der Zeitgenossen - immer gegeben, und sie ist immer ungeheuer gross. Aber - und das ist eben das Problem - anders als für die Politiker kann es für den Historiker eben keine volkspädagogische Rücksichtnahme geben.

Nach 1989/90 kommt nun ein weiteres hinzu, meine Damen und Herren: Die Bürger der DDR sind viel stärker als nach 1945 die Menschen im Westen sofort mit der ganzen brachialen Realität und Wahrheit dieses DDR-Systems konfrontiert worden. All die Schritte, die wir seit 1945 nacheinander über Generationen in der sogenannten Vergangenheitsbewältigung vollzogen haben, sind nach 1989 auf einmal passiert - sofort die ganze Wahrheit, und die Menschen sollten ihre Sichtweisen unter diesem Druck aufgeben. Das ist natürlich unmöglich: Plötzlich sollte es kein Gesetz der Geschichte mit eingebauter Höherentwicklung zum Sozialismus mehr geben. Plötzlich sollte das individuelle Selbstbestimmungsrecht wichtiger sein als sozialistische Staatsziele usw.! Das ist unmöglich. Und es ist ja nicht nur ein Umdenken, das wir von den Menschen fordern (etwas hochnäsiger manchmal aus dem Westen): Gefühl und Erfahrung sind für Geschichtsbilder viel wichtiger als das, was sich im Verstand abzuspielen vermag. Das

berühmte kulturelle Gedächtnis ist nichts intellektuell Abstraktes, sondern das sind individuell geprägte Erfahrungen; die Diskussionen in der Familie; die Prägung durch Literatur und Film ist viel stärker als durch Geschichtsbücher. Und weil die emotionale Verankerung eines gelebten Lebens in der DDR so stark ist, käme es ja auf eine Umpolung der Gefühle und Erfahrungen an. Dieses Umpolen der Gefühle ist nun noch viel schwerer als Umdenken, das schon schwer genug ist. Über diese Spannung müssen wir uns klar sein.

Das zweite sind die historischen Zugänge zu unserem Thema. Wie kommen wir wieder zu einer gemeinsamen Geschichte? Sollen wir das überhaupt? Nationalgeschichte? Halb-Geschichten, wie Hans-Peter Schwarz und Hermann Weber sie klassisch geschrieben haben. Das sind alles Zugänge, die auch weiter ihre Berechtigung haben müssen. Dann gibt es Parallelgeschichten wie die „Doppelte Staatsgründung“. Die ganzheitliche Sicht, wie Herr Thierse sie fordert, gibt es eben noch nicht. Die Frage ist, ob wir uns auf dieses Postulat einer ganzheitlichen Sicht überhaupt einlassen wollen.

Wenn man eine ganzheitliche Sicht anstreben möchte, dann mache ich - etwas provozierend vielleicht - einen Vorschlag, der sich sehr stark von dem Ansatz unterscheidet, den Frau Nickel uns hier vorgestellt hat. Ein Blickwinkel auf die deutsche Geschichte seit 1945 wäre ja doch, diese Geschichte unter der Konkurrenz des demokratischen und des diktatorischen Prinzips zu betrachten. Es ist schliesslich der Hauptpunkt der Entwicklung nach 1945, dass wir hier ein demokratisches und dort ein diktatorisches Prinzip haben. Das ist doch der entscheidende Punkt. Und das ist ja auch das charakteristische Signum unseres 20. Jahrhunderts. Insofern können wir diese gesamtheitliche Sicht in dieses 20. Jahrhundert sehr schön einpassen. So gesehen beginnt die deutsche Teilung natürlich - ohne jetzt im einzelnen darauf einzugehen - mit der Schwäche der Weimarer Demokratie, mit der Machtübertragung an die Nationalsozialisten und der Vorgeschichte der beiden Deutschländer, nämlich dem Nationalsozialismus, die eigentliche oder wesentlichste Ursache für die deutsche Teilung. Wir befänden uns mit diesem Ansatz innerhalb einer siebzigjährigen Geschichte, nämlich einer ganz erbitterten, radikalen Wertekonkurrenz zwischen demokratischem und diktatorischem Prinzip. Hier können wir die Geschichte der beiden Deutschländer gut einpassen.

Unter diesem Blickwinkel haben wir freilich keine Parallelgeschichte, auch keine asymmetrische Beziehungsgeschichte, sondern wir haben hier eine Kontrastgeschichte vor uns. Und das Augenmerk des Historikers, der eine solche Kontrastgeschichte schreiben würde, würde dann solchen Kategorien gelten wie zum Beispiel: individuelles und kollektives Selbstbestimmungsrecht, gesellschaftliche und politische Autonomie des einzelnen, aber auch der gesellschaftlichen Subsysteme. Denn was ist Totalitarismus anderes als der Versuch, Autonomie zu beseitigen und der Widerstand der Gesellschaft gegen diesen Verfügungsanspruch (um den Totalitarismus hier doch noch durch Hintertür einzuführen). Stabilität und Legitimität von Herrschaftssystemen, das wären Fragen für solch eine Kontrast-



Klaus-Dietmar Henke, Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung Dresden, und Udo Wengst, Institut für Zeitgeschichte München (von links nach rechts)

geschichte: also keine Nationalgeschichte, sondern eine Geschichte am Beispiel einer Nation, die seltene Darstellung der Stationen und der Ergebnisse, auch der mentalen Ergebnisse, eines Prozesses der Diktaturdurchsetzung hier und der Demokratiebegründung dort - zwei klare Kontrastbegriffe.

Der praktische Nutzen einer solchen Kontrastgeschichte für die Selbstvergewisserung einer Nation wäre nicht gering. Zwischen beiden Bezugspunkten Demokratie und Diktatur angesiedelt, würde sie zeigen, wie unendlich und elendiglich mühevoll der deutsche Weg zur endlich erreichten und auch mehrheitlich akzeptierten rechtsstaatlich-freiheitlichen Wertefundierung dieser neuen Bundesrepublik gewesen ist - was das für eine Quälerei war. Das würde den Menschen zum Beispiel im Osten ganz deutlich vor Augen führen, wie lange das gedauert hat: eine Generation lang, ehe sich der Westen so halbwegs von dem Leichengift des Nationalsozialismus freigemacht hatte.

Die Kontrastgeschichte würde vor allem auch den Menschen im Westen vor Augen führen, was die Ostdeutschen hinter sich haben. Die Lernfähigkeit der Wessis ist in diesem Punkt viel stärker gefordert als die der Menschen im Osten. Ohnehin ist die Westalgie viel stärker als die Ostalgie. Die Menschen im Westen würden lernen - was sie in Freilassung bislang eben nicht wissen oder ihnen egal ist - wie verzweifelt viel schlechter die Ausgangsbedingungen der Menschen im Osten nach 1945 gewesen sind, und zwar in jeder Beziehung; gestern hat Herr Schürer auf die 25fache Höhe der Reparationsleistungen hingewiesen. Die Menschen im Westen würden merken, dass die Hauptlast dieses gemeinsam ver-

lorenen Krieges zu 80 bis 90 Prozent von der kleinen DDR und ihren Menschen getragen worden ist. Sie würden zur Kenntnis nehmen müssen, dass hier ein staatsökonomisches System existiert hat, das den Wert der persönlichen Arbeit täglich vernichtet hat, so dass die Menschen 1990 mit nichts in den Händen dastanden. Und die Bundesrepublik war nicht einmal fähig, wie nach 1945 so eine Art Lastenausgleich auf den Weg zu bringen - eines der grössten Versäumnisse des Vereinigungsprozesses.

Ein letzter Punkt vielleicht noch. Diese Kontrastgeschichte würde auch zeigen, dass die Diktatur Ulbrichts und die Diktatur Honeckers für Deutschland und für die Deutschen unendlich leichter zu verdauen sein müsste als die Diktatur Hitlers. Und dass die DDR kein gesamteuropäisches, geschweige denn ein welt-historisches Trauma gewesen ist, nicht einmal ein gesamtdeutsches Trauma. Und es könnte auch bedeuten - dies ist ein wesentlicher Punkt, wenn man von der Spannung von wissenschaftlicher Analyse und Biographie spricht -, dass uns deutlich wird, dass es durchaus ein richtiges Leben im Falschen gegeben hat. Es ist falsch zu sagen, es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Natürlich gibt es das, und auch gegen die hochnäsige Deformationsthese würde diese Kontrastgeschichte ja deutlich machen, dass in der DDR stärker als im Westen Tugenden wie Pffiffigkeit, wie Improvisationsfähigkeit, aber auch Zivilcourage entwickelt werden konnten. Und dass es schliesslich die Sternenstunde von 1989/90 gewesen ist, mit der die Bevölkerung der DDR die deutsche Frage hoffentlich für immer und endgültig beantwortet hat, nämlich durch das Zustandebringen von Einheit und Freiheit - eine Frage, die die Deutschen ja 200 Jahre lang beschäftigt hat.

Konrad H. Jarausch:

Vielen Dank für diese weiterführenden Ausführungen, die einen Nerv des Publikums getroffen haben. Ich glaube, es gibt keine Differenz in der Notwendigkeit des Wertebezugs, das ist ein Strohmännchen, der vorhin aufgebaut worden ist. Die Frage geht allerdings darum, wie man mit den Erinnerungen umgeht, ob man sozusagen die Wissenschaft einfach als Autorität ihnen gegenüber setzen kann und sie damit über die Erinnerung setzen kann? Mein persönliches Gefühl ist, dass man eher die Erinnerungen kritisch engagieren muss, dass man sie diskutieren muss und dass man sie in grössere Problemdimensionen zurückbinden muss. Und auch die Kontrastgeschichte war in meiner Einleitung schon angedacht, nur habe ich manchmal das Gefühl, wenn man Diktatur und Demokratie als solche gegenüber setzt, dann sind das zwei Abstraktionen, die sich gegenseitig bekriegen. Ich würde eher bei den Problemen und bei den Menschen anfangen und dann auf die Demokratie und auf die Diktatur von dort hin arbeiten. Das ist glaube ich eine konstruktivere Sicht, aber darüber können wir gleich weiter diskutieren.

Herr Jarausch nimmt mir meine Eingangsworte fast aus dem Mund: Kontrastgeschichte oder asymmetrische Beziehungsgeschichte? Auf diese Frage scheint sich die Diskussion zuzuspitzen. Ich würde eine künftige deutsche Nationalgeschichte begreifen wie ein Spiegelkabinett, in dem sich die Bilder unendlich spiegeln, denn alles, was in Deutschland seit 1945 im Grunde bis heute passiert ist, ist immer nur verständlich und begreifbar als Reflex darauf, was die andere Seite gemacht hat. Und insofern ist das Frauenthema, auf das Frau Nickel uns hingewiesen hat, ein wunderbares Beispiel dafür, dass dies so ist.

Als im Westen die Anti-Babypille eingeführt wurde - 1967 glaube ich, wenn ich richtig informiert bin -, war es in der DDR an der Zeit, dies genauso zu machen. Als in der DDR die Fristenlösung bezüglich des Schwangerschaftsabbruches eingeführt wurde, regte das die Diskussion im Westen ganz ausserordentlich an. Und dass hier die DDR einen anderen Weg gegangen ist als die Bundesrepublik hat viel mit der katholischen Dominanz in der Bundesrepublik zu tun. Aus der faktisch protestantisch-lutherischen Dominanz in der DDR ist zu erklären, dass diese Möglichkeit so gut von den Frauen und überhaupt von den



Stefan Wolle, Mitarbeiter der Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur

Menschen in der DDR angenommen wurde. Oder ein weiteres Beispiel: Das neue Strafgesetzbuch der DDR aus dem Jahre 1968 liess einige wesentliche Paragraphen fallen, wie den legendären Paragraphen 175 „Einfache Homo-

sexualität“, obsoletere Paragraphen wie „Kuppelei“, aufgrund dessen es nichtverheirateten Paaren verboten war, gemeinsam ein Hotelzimmer zu nehmen. Und das war natürlich auch in den westlichen Diskussionen sofort wieder präsent, wie überhaupt die Rolle der Frau in der Gesellschaft. Allen äusserem Anschein zum Trotz - um das noch zu sagen - war die sexuelle Freiheit in der DDR durchaus nicht geringer als im Westen. Manchmal habe ich sogar den gegenteiligen Eindruck. Und auch die Statistik der Sexualforschung sagt das eindeutig. Das heisst nun alles nicht, dass es in der DDR gar nicht mal so schlecht oder in der DDR nicht alles verkehrt war. Das sind solche Topoi, die man oft in der Diskussion hört. Darum geht es mir nicht, sondern es geht mir hier darum, zu sagen, dass alles immer nur in der Reaktion verständlich ist.

Und damit das nicht so im luftleeren Raum stehen bleibt, will ich unmittelbar doch auf die politische Geschichte zurückgehen. Die Nachkriegsgeschichte wurde hier mehrfach erwähnt, ohne das bisher etwas dazu gesagt wurde. Der grosse Wahlsieg von Konrad Adenauer 1949 ist eigentlich nur verständlich vor der Folie dessen, was im Osten passiert ist: Berlin-Krise, die Ereignisse in Prag, der Beginn des Kalten Krieges. 1953 sind die nächsten Wahlen in der Bundesrepublik, die absolut unter dem Eindruck des Aufstandes vom 17. Juni in der DDR und den russischen Panzern auf den deutschen Strassen stehen. Ohne diese Ereignisse, ohne diese Projektionsfolie Ost wäre sicherlich auch die bundesdeutsche Geschichte ganz anders verlaufen. Also: sowohl asymmetrische Beziehungsgeschichte als auch Kontrastgeschichte! Wir können diesen Faden fortsetzen mit den nächsten Wahlen, im Grunde sind die ganzen fünfziger Jahre der Bundesrepublik mit ihren restaurativen oder sagen wir mal konservativen Tendenzen nur erklärlich durch die Fiktion oder durch das Paradigma der antikommunistischen Bedrohung.

Und umgekehrt ist die Sache natürlich genauso. Alles, was in der DDR passiert ist, ist immer nur passiert vor der Projektionsfolie West. Hier war natürlich aufgrund der Disparitäten bezüglich der Grösse der beiden Staaten und des Unterschieds der Gesellschaftsordnungen die ständige Präsenz des Westens sogar noch viel stärker. Sie können das eigentlich auf jedem kulturgeschichtlichen und mentalitätsgeschichtlichen Gebiet verfolgen. Die Präsenz beispielsweise der westlichen Medien in der DDR war ausserordentlich hoch. Darüber gab es damals schon in der DDR Forschungen, die natürlich geheim waren. Sie waren vielleicht nicht ganz realistisch, aber die im Grunde sagten sie auch, dass ein sehr, sehr grosser Teil der Bürger der DDR ständig die westlichen Medien konsumiert. Zunächst dominierte der Rundfunk, später seit den sechziger Jahren das Fernsehen, und auch die Ereignisse 1989 sind ohne die westliche Medienpräsenz nicht verständlich.

Weiterhin, die gesamte demokratische Bewegung in der DDR, die Opposition, die sich in den Kirchen gebildet hatte oder unter dem Schutzraum der Kirche, ist überhaupt nur verständlich und begreifbar durch eine gewisse

Schutzfunktion, die es durch die Anwesenheit westlicher Korrespondenten in der DDR gegeben hat. Diese waren sofort da und dabei, wenn es hier bei uns zu Verhaftungen gekommen ist.

So lässt sich dieses Grundmuster des Spiegelkabinetts fortspinnen und auf beliebige Details anwenden. Und so meine ich, die Wiederherstellung der deutschen Nationalgeschichte oder eine künftige Nationalgeschichte muss vor allen Dingen eine Geschichte sein der gegenseitigen Wahrnehmung, der gegenseitigen Präsenz und der gemeinsamen Mentalität im Guten wie auch wohlge-merkt im Schlechten. Diese Parallelität zeigt sich durchaus auch im Umgang mit dem Nationalsozialismus, in der Ähnlichkeit des Funktionierens der Verdrängungsmechanismen in Ost und West. Sie haben unter anderen ideologi-schen Paradigmen funktioniert, aber wiederum sehr ähnlich, also wie siamesische Zwillinge, der eine starrte nach Osten, der andere starrte nach Westen, dennoch sind die Deutschen über die 40 Jahre nicht voneinander losgekommen.

Konrad H. Jarausch:

Auch das ist ein Kommentar, der uns weiterhilft, weil er die gegenseitigen Wahr-nehmungen stark in den Vordergrund stellt. Es wäre nur hier zu fragen, ob in den fünfziger Jahren dies nicht stärker war als in den siebziger und achtziger Jahren und ob sozusagen die Westwahrnehmung des Ostens dann nicht abgenommen hat und da wieder die Asymmetrie reinkommt?

Lassen Sie mich zu dem letzten Problemkomplex kommen, der Frage nach einer Ausweitung der Perspektive, die gleichzeitig den Aussenbezug stärker mit hineinnimmt, der in vielen Kommentaren schon zum Ausdruck gebracht worden ist. Eine weitere Frage betrifft das Verhältnis der beiden Hälften des Jahrhunderts zueinander, denn die Zeitgeschichte reicht nicht nur von 1945 bis zur Gegenwart, sondern in ihrer klassischen Definition von Rothfels war sie auf die Epoche der Mitlebenden gerichtet. Das „Dritte Reich“ ist immer noch das zentrale Trauma und daraus ergibt sich die Frage, wie man mit dem Kontrast zur Nachkriegszeit umgeht oder, ob sozusagen das Fortleben der Katastrophen in der zweiten Hälfte nicht Lernprozesse mit hervorgebracht hat?

Mary Fulbrook, University College of London:

Erstens möchte ich über das Trauma des „Dritten Reichs“ sprechen. Meines Erachtens ist das ein sehr gutes Beispiel dafür, dass man eine gemeinsame Vergangenheit hat, aber getrennte Geschichten daraus schreiben kann, also andersherum als die Frage dieser Tagung. Die Deutschen haben zusammen das „Dritte Reich“ erlebt und verschiedene Verständnisse daraus entwickelt. Sie



Blick in das überfüllte Audimax der Humboldt-Universität zu Berlin

haben es ganz getrennt wahrgenommen, geschrieben, Geschichte daraus gemacht, sich daran erinnert, memoirisiert usw. Es gab also das „Dritte Reich“ betreffend gemeinsame Herausforderungen, aber sehr verschiedenen Lösungen in Ost und West.

Ich habe gerade ein Buch über die nationale Identität in Deutschland seit dem Holocaust geschrieben (German National Identity after the Holocaust. Polity Press, 1999.), in dem ich dies alles ausführlicher bespreche. Im Westen könnte man sagen, dass sich eine Art kollektives Schamgefühl entwickelt hat von Adenauer bis heute. Die Westdeutschen schämen sich, deutsch zu sein. Sie haben ein schlechtes Nationalgefühl, sie haben viele Tabus, sie haben sich gewandelt.

Und in Ostdeutschland war es ganz anders herum. Wie Sie alle wissen, war das der antifaschistische Staat, das war staatlich verordneter Antifaschismus. Die Leute, die in Ostdeutschland nach dem Krieg lebten, fanden plötzlich, dass sie die Sieger der Geschichte waren und nicht die Opfer des Nationalsozialismus. Sie fanden, dass sie sich nicht zu schämen brauchten, dass sie Deutsche waren, weil sie alle Sieger über den Faschismus waren, und das hat dann doch einen Nachgeschmack dagelassen. In den achtziger Jahren, besonders 1989, haben sich die Ostdeutschen nicht geschämt, deutsch zu sein und zu sagen, wir sind ein Volk. Das haben die Westdeutschen zunächst einmal ein bisschen brisant gefunden. Diese meinten, dass dort irgendwie ein Tabu verletzt wurde. Aber die Ostdeutschen konnten das sagen,

weil sie sich nicht schämten. Ich denke - in meinem Buch habe ich das ausführlicher herausgearbeitet -, dass in Ostdeutschland das „kollektive Gedächtnis“ kein homogenes kollektives Gedächtnis war. Die SED hat verschiedene Geschichten erzählt, in den Familien wurden andere Geschichten erzählt, man wusste, dass der Grossvater zum Beispiel in der Wehrmacht war, man wusste, dass der Onkel an der Front gestorben ist, man wusste, dass man die Grossmutter doch noch liebte, obwohl sie im Bund Deutscher Mädel war. Also in den Familien in Ostdeutschland lebte kein einfaches Geschichtsbild der „Sieger der Geschichte“, wie die SED es haben wollte. Ich finde an diesem Beispiel, dass es sehr interessant ist, dass man verschiedene Geschichten aus derselben Vergangenheit erzählen kann. So ist es möglich, die Geschichte von den zwei Teilen Deutschlands als nicht-parallele Geschichte oder in anderen Varianten z. B. als Fussnote der deutschen Geschichte für die DDR oder als ineinander asymmetrisch verflochtene Beziehungsgeschichte (dieses Konzept kann nur ein Deutscher aussprechen) usw. zu schreiben.

Ich bin damit bei meinem zweiten Punkt, dem was schon heute morgen gesagt worden ist. Wir haben bis jetzt sechs verschiedene Arten von Geschichten im Gespräch, als Fussnote, als asymmetrische Beziehungsgeschichte, Parallelgeschichte, Nationalgeschichte, Kontrastgeschichte oder als Spiegelgeschichte. Ich möchte hier etwas theoretisches sagen. Man kann mit Geschichte fast alles machen, was man will. Aber man kann nicht alles machen mit Geschichte, es gab doch eine Vergangenheit. Also ich will nicht allzu postmodern auftreten, ich glaube an die Vergangenheit. Aber ich glaube auch, dass der Historiker oder die Historikerin auch so eine Art Künstler sind und daraus sehr viel machen können. Aber es kommt darauf an, was man für Fragen stellt. Man muss selber wissen, was interessiert einen, was interessiert das Publikum, was wollen wir herausfinden und wie kann man das dann am besten machen. Und wenn das am besten mit einer Parallelgeschichte gemacht wird, dann vielleicht ja. Wenn man eine gemeinsame europäische Geschichte schreiben will, kann man das auch machen. Man kann die europäische Geschichte als gemeinsame Geschichte schreiben und dabei auch herausarbeiten, wie die einzelnen Teile Europas verschieden waren, zum Beispiel dass Grossbritannien anders als Frankreich an die europäische Integration herangegangen ist. Man kann machen, was man will, wenn man aktiv als Historiker daran arbeitet. Die Interpretationen liegen nicht in den Archiven, sie sind auch nicht in der Vergangenheit vorhanden, sondern erst der Historiker macht etwas aus der Vergangenheit.

Ich würde gern noch einiges zu ein paar Thesen sagen, die hier schon genannt worden sind. Kontrastgeschichte ist sehr politisch geprägt. Wenn man zum Beispiel Demokratie und Diktatur als den Kontrast nehmen will - wie Herr Henke es gerade vorgeschlagen hat -, dann sagt man etwas ganz politisches und moralisches zugleich. Man setzt individuelles Selbstbestimmungsrecht gegen kollektives Selbstbestimmungsrecht. Das ist m. E. nicht einfach so hinzunehmen. Wenn man als Individuum in London in den achtziger Jahren wohnte und Frau

Thatcher gesagt hat, wir sollen lieber mehr Arbeitslose haben statt Inflation, dann hat das Individuum, das arbeitslos geworden ist, kein echtes Selbstbestimmungsrecht. Das ist etwas kollektives, das ist keine individuelle Entscheidung. Man kann das einfach nicht so simpel sagen und sehen.

Nun zum grossen Thema, welche Konzepte wir für die deutsche Geschichte haben sollten. Ich finde zum Beispiel Totalitarismus als Konzept sehr schlecht, weil es zuerst einmal drei Sachen miteinander verknüpft. Es will die DDR beschreiben, es will die DDR erklären und es will die DDR denunzieren. Alles auf einmal. Und dieses Konzept schafft es nicht. Wenn man das, was Herr Thierse gestern gesagt hat, mit in die Diskussion hineinnimmt, dann sieht man sofort, dass die Erfahrungen der Menschen, die Lebenswelten, die Emotionen usw., die Herr Henke heute auch schon erwähnt hat, in dieses Konzept nicht hineinpassen. Wenn man dann eine Sozialgeschichte der DDR schreiben will, dann muss man nicht die Herrschaftsstrukturen weglassen die bleiben doch da. Man weiss, dass die SED eine bestimmte Art Partei war, aber man kann doch besser von seiten der Alltagsgeschichte, von seiten der Sozialgeschichte sehen, wie die beiden Seiten des Ganzen zusammenwirkten, wie der Staat, die Partei, die Massenorganisationen usw. auf die Leute einwirkten, sie veränderten, z. B. auf die Geschlechtsverhältnisse, wie sie sich entwickelten und veränderten und wie Traditionen, die



*Udo Wengst, stellvertretender Direktor des Münchener Instituts für Zeitgeschichte.
Im Hintergrund: Mary Fubrook and Konrad Jarausch*

noch von vorher da waren, auch etwas dazu beitragen, dass der Staat, die SED usw. nicht alles machen konnten, was sie wollten, wie dies in der Totalitarismustheorie aussieht. Man kann komplexer herangehen. Aber ich würde nicht Alltagsgeschichte und Sozialgeschichte einfach so vorschlagen als den „magischen Schlüssel zur deutschen Geschichte“. Ich möchte nur sagen, wenn man nicht postmodern sein will, wenn man noch an die Wahrheit glaubt, daran glaubt, dass es eine Wahrheit gibt, dann muss man ganz bewusst sagen, was will ich, was will ich herausfinden, was will ich darstellen, wieder zum Leben bringen und irgendwie anbieten, ob es museal gemacht wird, wie im Gropius-Bau, ob es in dicken Büchern oder auch in dünnen Büchern gemacht wird. Was will ich machen, wie finde ich das Material dazu, wie mache ich das, wie bereite ich das vor? Aber man muss auch ein bisschen darauf Rücksicht nehmen, dass man nicht alle seinen eigenen Vorurteile mit hinein bringt, dass man Konzepte herausarbeitet, die auch ein bisschen wissenschaftlich sind und nicht nur oder nicht vorwiegend politisch sind.

Konrad H. Jarausch:

Diese Hinweise sind vor allem dem amerikanischen Teil meiner Persönlichkeit sehr sympathisch und deswegen will ich einfach auch sagen, dass ich ihnen weitgehend beipflichten möchte

Udo Wengst, Institut für Zeitgeschichte, München

Ich möchte meine Ausführungen auf einige wenige Punkte beschränken. Zunächst gehe ich ein auf die deutsche Zeitgeschichtswissenschaft, die westdeutsche Zeitgeschichtswissenschaft und das „Dritte Reich“. Wenn man die westdeutsche Zeitgeschichtswissenschaft seit 1945 beurteilen will, dann liegt die Schlussfolgerung auf der Hand, dass sie in ständiger Auseinandersetzung mit dem „Dritten Reich“ gelebt hat. Das war eigentlich ihre Hauptaufgabe. Und dieser Hauptaufgabe ist sie seit den fünfziger Jahren nachgekommen. Deshalb kann man nicht sagen, soweit die Zeitgeschichtswissenschaft betroffen ist, dass es in den fünfziger Jahren in der Bundesrepublik eine Verdrängung des „Dritten Reiches“ und seiner Folgen gegeben hat oder das „Dritte Reich“ aus der Forschung ausgeblendet worden ist. In diesem Zusammenhang sind hier die Ausdrücke „Kollektivschuld“ und „Kollektivscham“ gefallen. Der Begriff der „Kollektivschuld“ ist damals von höchster Stelle, von Bundespräsident Heuss, abgelehnt worden. Er hat die Bezeichnung „Kollektivscham“ in die Diskussion eingeführt. Hiermit wollte Heuss darauf hinweisen, dass Hitler alle Deutschen „in die Scham gezwungen [habe], mit ihm und seinen Gesellen den Namen Deutsche zu tragen“.

Zur Kritik am Totalitarismuskonzept möchte ich mich nicht äussern. Dagegen möchte ich einen anderen Begriff in die Debatte werfen, den Diktaturvergleich. In dem Augenblick, wo die DDR an ihr Ende gekommen war und sie als Forschungsfeld für die deutsche Zeitgeschichte entdeckt wurde - vorher war sie ja nur das Forschungsfeld von einigen wenigen Spezialisten - ist sogleich die Forderung nach dem Diktaturvergleich aufgestellt worden. Diese Forderung ist zunächst auf breiter Front auf Ablehnung gestossen, weil unterstellt wurde, dass der Diktaturvergleich eine Gleichsetzung bedeute. Das ist jedoch mitnichten der Fall, was inzwischen auch mehrheitlich akzeptiert wird. Notwendig erscheint es mir aber nunmehr, die theoretischen Diskussionen zu beenden und dazu überzugehen, den Diktaturvergleich in praktischer Arbeit zu erproben, was inzwischen in einzelnen Projekten auch geschieht. Ich habe keinen Zweifel daran, dass sich der Diktaturvergleich als heuristisches Mittel bewähren wird. Es wird auf diese Weise möglich sein, die Felder deutlich zu kennzeichnen, wo sich die verschiedenen totalitären Diktaturen des 20. Jahrhunderts in der Tat sehr ähnlich waren, und ebenso wird es gelingen herauszuarbeiten, wo dies nicht der Fall war und fundamentale Unterschiede auszumachen sind.

Ich möchte jetzt noch einmal auf die verschiedenen Vorschläge eingehen, die im Hinblick auf die Darstellungsformen der Geschichtsschreibung über Deutschland nach 1945 gemacht worden sind. Mir scheinen alle Anregungen, die hier eingebracht worden sind, legitim. Es wird einfach sein, und das geschieht im Augenblick, getrennte Geschichten der DDR und der Bundesrepublik Deutschland zu schreiben. Es wird sehr viel schwieriger sein, die Geschichten - wie hier u. a. vorgeschlagen - als Kontrastgeschichten oder als Beziehungsgeschichten auszulegen, weil die jeweilige Wirklichkeit in diesen Geschichten nicht aufgehen wird. Warnen möchte ich darüber hinaus vor einer nationalen Verengung. Es scheint mir in der Tat im Augenblick der Fall zu sein, dass bei all diesen Konzepten vor allem auf den Bezug der beiden deutschen Staaten zueinander abgestellt wird. Dabei wird oft übersehen, dass insbesondere die westdeutsche Gesellschaft im Laufe der Zeit nach dem Westen gedreht worden ist und dass daher die westdeutsche Geschichte auch als Integrationsgeschichte in den Westen geschrieben werden muss. Dies gilt in ähnlicher Weise für die DDR, obwohl ihre Integration in den Osten, jedenfalls, soweit es die Gesellschaft betrifft, als gescheitert gelten muss. Insofern erscheint es naheliegender, die DDR-Geschichte im Zusammenhang mit den ostmitteleuropäischen Diktaturen unter totalitarismustheoretischen Fragestellungen und im Hinblick auf die jeweiligen unterschiedlichen gesellschaftlichen Entwicklungen zu untersuchen, d. h. unter einer spezifisch diktaturvergleichenden Perspektive darzustellen. Worauf es schliesslich insgesamt ankommt, ist eine Ausweitung des Blickfeldes über den nationalen (deutsch-deutschen) Rahmen hinaus.

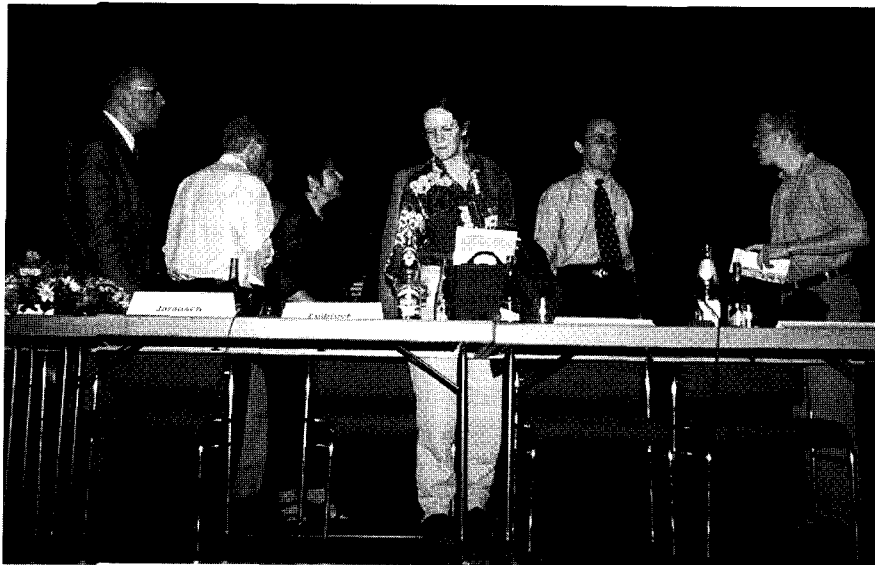
Im Augenblick befinden wir uns jedoch noch in einer Phase, wo wir Detailstudien schreiben müssen und diese auch schreiben, und zwar in einer enormen Fülle. In diesem Zusammenhang erscheint es mir aber notwendig, das zu

unterstreichen, was Herr Weber gesagt hat. Es ist ja inzwischen so, dass für die Zeit nach 1945 die Zahl der wissenschaftlichen Veröffentlichungen zur Geschichte der SBZ/DDR fast grösser ist als die Zahl derjenigen zur Geschichte der Westzonen und der Bundesrepublik. Das ist nicht nur eine Frage des besseren Quellenzugangs, sondern das ist auch eine Folge der Finanzierungsmodalitäten von Forschungsprojekten. Meines Erachtens ist es notwendig, hier wieder ein gewisses Gleichgewicht herzustellen und auch die Bundesrepublik-Geschichte, die für den Zeitraum seit den sechziger Jahren dringender Aufarbeitung bedarf, fortzuschreiben und damit der grösseren historischen Bedeutung gerecht zu werden, die der Bundesrepublik im Vergleich zur DDR zukommt.

Zeitgeschichtsforschung in der Bundesrepublik Deutschland war seit 1945 eigentlich immer Diktaturforschung. Es ist an der Zeit, auf breiter Front endlich auch Demokratieforschung zu betreiben.

Konrad H. Jarausch:

Ich finde den letzten Punkt auch ganz besonders wichtig. Denn der Diktaturvergleich war eine quasi natürliche Reflexion auf die Erfahrungen aus beiden Diktaturen und wenn man die Entwicklung von Zeitgeschichte als Fach nimmt, dann kann man sagen, dass ihre Entwicklung mit den Katastrophen und Brüchen des 20. Jahrhunderts zusammenhängt. Das Institut für Zeitgeschichte ist zu diesem expliziten Zweck gegründet worden, hatte ja in seinem Titel am Anfang auch etwas über die Aufarbeitung des „Dritten Reiches“, und die Reihe



der Neugründungen, die hier auf dem Podium teilweise auch repräsentiert sind - durch Herrn Henke und durch mich selbst -, haben natürlich mit der Aufarbeitung der DDR etwas zu tun. Aber im Laufe des 20. Jahrhunderts sind die Deutschen doch Gott sei Dank zu einer Demokratie geworden, und diese Frage steht im Raum. Deswegen finde ich auch Herrn Henkes Vorschlag eigentlich sehr interessant und weiterhin diskussionswürdig, dass wir endlich sozusagen aus dieser reinen Diktaturfixierung herauskommen müssen, weil gerade der lange Weg zu Demokratie ebenso erklärungsbedürftig ist.

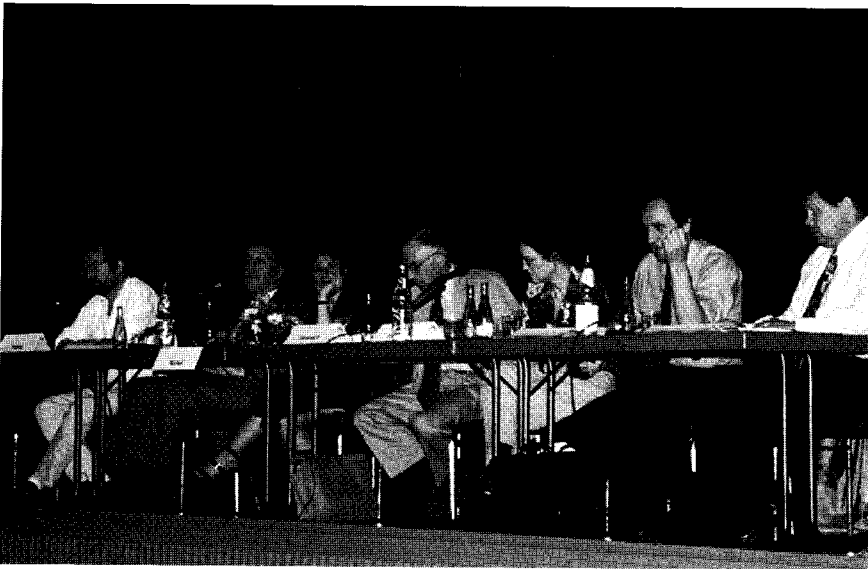
Hermann Weber:

Zunächst möchte ich über die Rolle von Geschichtswissenschaft für das Geschichtsbild sprechen, weil es ein wichtiges kulturelles Problem einer Gesellschaft ist. Natürlich bin ich auch der Meinung wie Herr Henke, dass sich Historiker vor Volkspädagogik hüten sollen. Andererseits ist klar, dass der Historiker vor allem eben nicht Schwarz-Weiss-Malerei zu betreiben, sondern auch die grauen Töne herauszuarbeiten hat. Das ist uns selbstverständlich. In der Volkspädagogik kommt es eher darauf an, Gegensätze stärker darzustellen. Nur, wir sprechen jetzt von Aufarbeitung der Geschichte, immer im Hinblick auf das, was an Verdrängung von Geschichte in der alten Bundesrepublik passiert war. Wir sagen, dies hatte doch negative Seiten für die ganze Entwicklung der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren gehabt. Und davor sollte man sich hüten. Diese zweite Diktatur ist aufzuarbeiten, was heisst, sich mit der Geschichte auseinanderzusetzen, und von daher ist klar, dass eine Grundlage dafür auch die Geschichtswissenschaft zu sein hat. Nur sie kann doch verhindern, dass alles ins Emotionale abgeleitet, nur sie kann verhindern, dass Geschichte politisch instrumentalisiert wird. Beides sind doch Momente, die wir dauernd bei der Aufarbeitung sehen. Hier ist die Wissenschaft gefordert, durch sachliche, sachbezogene, nach ihren eigenen Kriterien gestaltete Darstellungen dem etwas entgegenzutreten. Also, auch wenn das kein volkspädagogischer Auftrag ist, kommt im Endeffekt natürlich der Wissenschaft bei der Aufarbeitung eine ganz wesentliche Bedeutung zu.

Mein zweites Thema ist der meines Erachtens ein bisschen künstlich aufgebaute Gegensatz zwischen Befindlichkeiten - zwischen Alltagsgeschichte, Sozialgeschichte - auf der einen Seite und den Strukturen - das heisst der Diktatur - auf der anderen Seite. Ich denke, Sie können Sozialgeschichte auch nicht schreiben, ohne zu wissen, unter welchen Bedingungen diese stattfindet, denn die politischen Strukturen waren natürlich in stalinistischen Diktaturen besonders stark und offensichtlich. Sie brauchen doch nur einmal sehen, wenn sie Wirtschaftsgeschichte schreiben, wer hat denn die Fünfjahrpläne beschlossen? Das war ja nicht die Regierung, sondern das waren das Politbüro und das

Zentralkomitee. Das heisst also, die führende Rolle der Partei, wie sie in der Verfassung, Artikel I, von 1968 stand, ist doch nicht von ungefähr da. Es ist klar, dass damit die Diktatur umschrieben wird und wir können daran nicht vorbei. In der Diskussion wird gegenwärtig mehr für den sozialgeschichtlichen Ansatz plädiert, der den Befindlichkeiten gerechter wird. Der damit eine gewisse Erleichterung bedeutet, wenn wir die Einheit des deutschen Volkes erreichen wollen. Andererseits denke ich aber, wenn wir an Aufarbeitung interessiert sind, und ich meine, wir müssen daran aus den Erfahrungen von 1945 heraus interessiert sein, dann kommen wir eben auch ohne diese Strukturen, und das heisst dann eben auch die Diktaturgeschichte, nicht aus. Beides ist eigentlich nicht zu trennen.

Das Dritte, was ich sagen möchte: Es ist hier von der Kontrast- und von der Spiegelungsgeschichte gesprochen worden. Beides gibt wichtige Antworten, hat seinen Sinn. Was hier über die Spiegelungsgeschichte gesagt worden ist, ist nur die eine Hälfte. Wir können nicht nur den Blick auf Deutschland richten. Wir haben eine Spiegelung hin zu den jeweiligen Vorhutmächten. Sie können doch die DDR-Geschichte nicht nur erklären, wenn sie gegenüberhalten, was in der Bundesrepublik passierte, sondern wir müssen doch sehen, was in der Sowjetunion geschah. Das ist doch viel entscheidender für das, was im einzelnen gemacht wurde. Mit gewissen Abstrichen gilt dies natürlich auch für die alte Bundesrepublik. Hier ist die Einbeziehung in die Blöcke viel stärker herauszuar-



Stefan Wolle, Hermann Weber, Hildegard Maria Nickel, Konrad Jarausch, Mary Fulbrook, Klaus-Dietmar Henke, Udo Wengst (von links nach rechts)

beiten. Es fällt bei den ganzen Diskussionen auf, dass die Rolle der Sowjetunion unter Gorbatschow - dieser Name ist bisher noch nicht einmal gefallen - ab 1985 für das Ende der DDR unterbelichtet geblieben ist.

Nun noch eine Anmerkung. Ich bin alt genug und habe Hunderte solcher wunderbaren Diskussionen, wie wir sie hier haben, erlebt. Da wird phantastisch erklärt, was wir machen müssen und was wir machen sollen. Doch hinterher wird immer wieder festgestellt, in der Realität sieht das ganz anders aus. Wissenschaft im Pluralismus verträgt erfreulicherweise keinen Dirigismus, ausser dem, dass sie finanziert werden muss. Leider wird gegenwärtig äusserst schlecht finanziert, was sich irgendwann auch noch rächen wird.

Konrad H. Jarausch:

Ich denke, es gibt schon Momente, wo sich die Paradigmen verschieben, wo sich Fragestellungen ändern oder wo einfach ein Weitermachen von Normal-Forschung nicht genügt. Ich meine, man soll empirische Detailforschung nicht kritisieren, denn wir brauchen sie unablässig, damit die Lücken gefüllt werden. Aber wir sind nicht nur Zahnärzte, die an einem Gebiss arbeiten und die darauf schauen, dass keine Löcher im Gebiss drin sind, sondern es geht eben auch um die Gestalt des Mundes und anderer Dinge gleichzeitig. Ich denke, wir sind an einem solchen Moment angekommen. Es sind jetzt zehn Jahre nach der Vereinigung und die direkten Prozesse, die damit zusammenhängen, sind weitgehend abgeschlossen. Wir haben ein bisschen Distanz gewonnen, und wir stehen deswegen vor der Herausforderung einer Neukonzeption einer deutschen Nachkriegsgeschichte. Wir sollten uns dieser Herausforderung stellen. Wir wollen keine einheitliche Linie vom Podium aus propagieren, es geht also nicht um einen Lösungsvorschlag, sondern es geht um eine Reihe von verschiedenen Lösungen, die sich dann miteinander im Wettbewerb bewähren müssen

Hildegard Maria Nickel:

Der erste Punkt, der hier noch einmal insgesamt auf dem Podium sehr deutlich geworden ist, ist der, dass Geschichtsschreibung keine Rekonstruktion von Geschichte ist, sondern Konstruktion von Geschichte. Also mir ist es zumindest noch einmal sehr deutlich geworden: Abhängig davon, welches Konzept bevorzugt wird, stellt sich dann auch eine Geschichte beispielsweise der DDR dar, die nicht unbedingt mit dem etwas zu tun haben muss, was meine Wirklichkeitserfahrungen anbetrifft, die ich aus der DDR mitgebracht habe. Also da gibt es offensichtlich sehr, sehr deutliche Divergenzen. Ich als Sozialwissenschaftlerin bin ja da vielleicht ganz fein raus, wenn ich sagen kann, mich interessiert, was bringt die Geschichte für das

Heute, was ist daraus zu lernen und wie sind gemeinsame Probleme zu bewältigen. Und insofern bleibe ich sozusagen bei dem Konzept der asymmetrischen Beziehungsgeschichte, die mir dann auch die Möglichkeit erlaubt, vom doppelten Transformationsprozess und von den Erfahrungen der Menschen zu reden. Es klang meiner Empfindung nach ein bisschen abwertend, wenn man die Befindlichkeiten geschichtlich aufarbeitet. Ich finde, Befindlichkeiten gehören dazu, und es ist unter anderem auch eine Aufgabe von Geschichtswissenschaft, Befindlichkeiten festzuhalten. Insofern ist es für mich noch einmal wichtig, an diese Hybrid-Formen anzuknüpfen. Man sollte stärker in Rechnung stellen, dass sich offensichtlich aus traditionellen Praktiken, die Menschen aus der DDR und Menschen aus der Bundesrepublik mitbringen, sukzessive von diesen Praktiken Sitten und Bräuche ablösen, die nicht mehr identisch sind mit dem, was wir da mitgebracht haben, die also sozusagen Mischformen von Alt und Neu sind und wo auch nicht mehr ganz klar ist, was kommt denn da jetzt aus der DDR-Geschichte und was ist vielleicht Geschichte, die aus den Transformationserfahrungen herrührt.

Also insofern bin ich sehr daran interessiert, Geschichte eher zu diskutieren aus den Fragen, die die Probleme der Gegenwart auch aufwerfen.

Ein zweiter Kommentar: Die grössten Probleme habe ich offensichtlich mit dem Konzept der Kontrastgeschichte. Das kann damit zusammenhängen, daß bei mir dann sofort auch bestimmte Warnlämpchen aufgehen und in den Kommentierungen funktionierte das dann auch genauso. Kontrastgeschichte führt nach meinem Dafürhalten zu Klischee-Bildung und nicht tatsächlich zu einer Rekonstruktion dessen, womit wir uns auseinanderzusetzen haben. Also hier war dann die Rede von der Pfiffigkeit der DDR-Bürger oder bei Herrn Pfeifer ist die Rede dann von der Analfixierung der DDR-Bürger, weil sie auf dem Topf gegessen haben in der Kindergartenbetreuung und insofern stärker zum Rechtsradikalismus neigen. Ich muß sagen, eine solche Argumentation finde ich durchaus problematisch, und ich will nur nochmals sehr dafür plädieren, dass auch Geschichtsschreibung mit dazu beitragen muss, dass wir von Generalisierungen ein Stück weit wegkommen und eine Geschichtsschreibung auch möglich sein muss, die sozusagen auch die Differenziertheit der sozialen Erfahrungen aufzunehmen vermag. Beispielsweise haben in der DDR die Generationen sehr unterschiedliche Erfahrungen mit der DDR gemacht. Und unterschiedliche Generationen würden auch eine unterschiedliche DDR-Geschichte schreiben. Also mein Plädoyer noch einmal: Differenzierung statt Generalisierung.

Klaus-Dietmar Henke:

Ich bin schon auch für Differenzierung, da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen. Wenn man sagt, Kontrastgeschichte führt zu Klischees, dann könnte ich

auch sagen - was ich aber nicht tue -, Sozialgeschichte führt zu Relativismus. Das ist ziemlich müssig. Man muss wissen, was man herausfinden möchte, und dafür gibt es unterschiedliche Ansätze. Und da ist alles das, was hier vorgestellt worden ist, gleich legitim. Es kommt nur darauf an, ob man es gut macht oder ob man es schlecht macht oder ob man es mit politischem Vorzeichen macht.

Ich habe mich vor 20 Jahren viel mit der Erforschung der Entnazifizierung herumgequält. Ich habe das nicht in politischer Absicht getan, um die Nazis reinzuwaschen, ganz im Gegenteil. Es kommt wirklich darauf an, wie man an die Sachen herangeht. Und, Frau Fulbrook, also bei allem Respekt, dass wir als Historiker alle für die Wahrheit sind, das unterstelle ich mal.

Einwurf Mary Fulbrook:

Ich glaube auch noch an die Wahrheit und habe ganz explizit gesagt, man darf das Wort noch aussprechen, die Wahrheit. Das ist eine grosse Frage.

Klaus-Dieter Henke:

Ich meine, es ist falsch zu sagen, den Totalitarismusansatz finde ich schlecht und den sozialgeschichtlichen Ansatz finde ich gut. Das ist etwas einfach. Ich denke, und da schliesse ich mich Herrn Weber an, der Pluralismus muss gewahrt bleiben, und wenn man Ansätze wie „Kontrastgeschichte“ in die Debatte wirft, dann dient das der Bereicherung des Methoden-Spektrums. Wir werden sehen, in welcher Weise etwas nützlich ist oder nicht. Sozialgeschichte: zum Beispiel dieses berühmte Projekt am Institut für Zeitgeschichte, von dem grossen Historiker Martin Broszat ins Leben gerufen und durchgeführt, war sozialgeschichtlich orientiert, es hat uns viele Fragen klargemacht. Aber der Resistenz-Begriff wurde am Schluss so überhöht, dass am Ende das Diktatorische des Nationalsozialismus in der Gefahr war, ganz zu verschwinden. Ich will nur sagen, es gibt ein breites Feld zwischen den unterschiedlichen Ansätzen.

Doch vielleicht noch ein Wort zum Totalitarismus. Es ist ein Allgemeinplatz, dass Totalitarismus nicht total sein kann. Das ist doch ebenso klar wie die Erkenntnis, dass der Absolutismus niemals absolut war. Aber es ist ein Herrschaftsprinzip, ein Verfügungsanspruch, der auf einer Staatswahrheit beruht, der ein Verantwortungsmonopol aus einem Wissensmonopol ableitet. Und wenn ein Entscheidungszentrum seine Rolle im politischen Prozess jederzeit selbst definieren kann, wenn es an keine rechtlichen Schranken mehr stösst, sondern nur an den tatsächlichen Machtverhältnissen abprallen kann - sei es Resistenz oder Unmut -, dann muss man einen Denkansatz, der mit solchen Prämissen arbeitet,

nicht von vornherein ablehnen. Das Typische ist doch die Verschränkung von Ideologie und Kontrolle, die ja auch in der DDR-Geschichte keineswegs mit dem Mauerbau zu Ende ist, sondern die sich bis 1989 durchzieht und für diesen schrecklichen, unmodernen Charakter eines Staatswesens verantwortlich ist, eines Systems, das sich erstens wie im Mittelalter auf Letztbegründungen stützt und zweitens die Entdifferenzierung der Gesellschaft vorantreibt. Das Kennzeichen von Modernität ist doch die Ausdifferenzierung der Subsysteme, was in einem so angelegten Parteistaat natürlich radikal rückläufig gemacht werden muss. Das wird doch Auswirkungen haben auf die Art des Wirtschaftens, auf die Art des Denkens der Menschen, oder etwa nicht?

Was kann der Historiker leisten? Wir werden alle mit unseren Ansätzen unsere Arbeiten vorlegen und daraus wird dann mosaikähnlich das entstehen, was eines Tages auf der Basis dieser Detailstudien vielleicht einmal eine integrierte Gesamtgeschichte werden könnte. Dazu, meine ich, ist es noch lange hin.

Zum Vorrat an Gemeinsamkeiten und zur Sinnstiftung: Ich möchte nochmals davor warnen, die Rolle der Historiker hier zu überschätzen. Persönliche Eindrücke, gemeinsames Erleben, worüber wir uns in den zehn Jahren miteinander gerauft haben, das ergibt Sinnstiftung, das sind Gemeinsamkeiten, die zu entstehen beginnen und die auch tragfähig sein werden. Ich denke, um es etwas salopp auszudrücken, wenn man der mangelnden Gemeinsamkeit zwischen Ost und West aufhelfen möchte, da könnte z. B. ein Wimbledon-Sieger aus Radebeul für die Gemeinsamkeiten und für das Einandernäherkommen vielleicht genauso viel bewirken wie die dicken oder dünnen Bücher der Historiker.

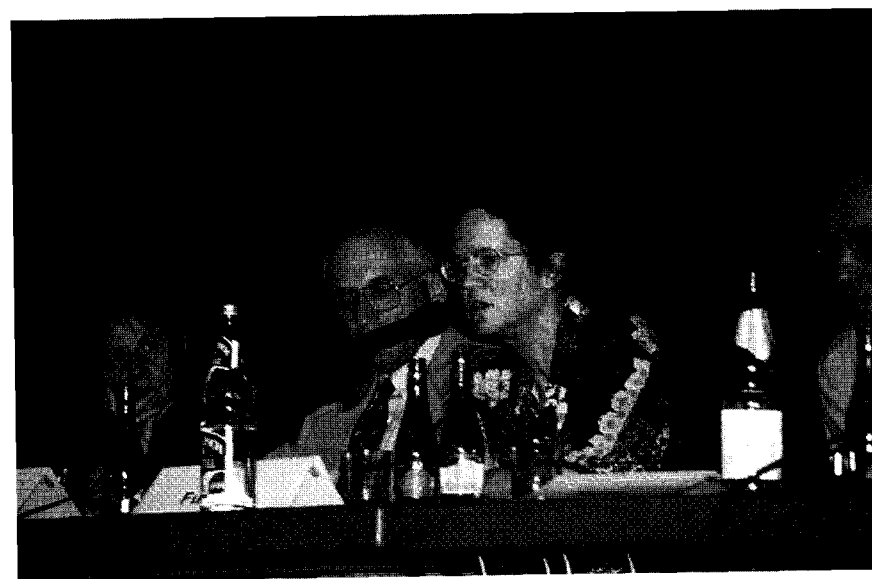


Bei sommerlichen Temperaturen zählte das dreitägige Geschichtsforum Ende Mai mehr als 3000 Gäste

Stefan Wolle:

Herr Professor Weber, in einem Punkt rennen Sie offene Türen ein, nämlich was die Frage der Integration der DDR-Geschichte in die Geschichte des Kommunismus insgesamt, in die Geschichte des Sowjetblocks und umgekehrt natürlich der bundesdeutschen Geschichte in die Geschichte des westlichen Bündnisses betrifft. In meinem jüngsten Buch „Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971-1989“, das bestimmt auch auf Ihrem grossen Stapel liegt, gibt es ein langes Kapitel erstens über die Perestroika und über den Einfluss von Gorbatschow und die Glasnost, das Sputnik-Verbot usw. - eher ein bisschen zu ausführlich als zu knapp - und auch über die kulturelle Bedeutung des Einflusses der Sowjetunion, den Einfluss der russischen Sprache auf die DDR-Sprache usw. Das ist - jedenfalls bei mir - kein Desiderat der Forschung. Die Frage war ja nur, gibt es noch eine deutsche Nationalgeschichte oder gehen wir gleich von zwei Parallelgeschichten aus? Und hier hat meine Antwort gelautet, es gibt diese deutsche Nationalgeschichte als Mentalitätsgeschichte seit 1945 im Guten wie im Schlechten. Natürlich muss man dann unendlich differenzieren, natürlich war der Blick vom Osten nach dem Westen immer viel intensiver als umgekehrt, einfach weil dort die Bewegungsfreiheit in Richtung Westen, Süden und Norden viel grösser war als für uns.

Aber selbst in der Frage der Einbeziehung oder der Integration der DDR in den Warschauer Pakt spielt auch diese Ost-West-Spiegelung eine Rolle. Als am



Der Blick von aussen: Die britische Deutschlandspezialistin Mary Fulbrook

1. Januar 1971 zum ersten mal in der DDR-Geschichte so eine ganz kleine Reisefreiheit eingeführt wurde und die DDR-Bürger nur mit ihrem blauen Ausweis über die tschechoslowakische und polnische Grenze konnten, ist das natürlich passiert, weil die Leute nach Westen guckten und sahen, dass man dort überall hin reisen kann, nur unter Vorzeigen seines Passes. Und so hat man damals - das hat nicht sehr lange gehalten - wenigstens für diese beiden Staaten eine kleine Reisefreiheit eingeführt und die jungen Leute von damals sind sehr gerne gefahren und haben in Polen (mehr in Polen natürlich als in der nach-68er Tschechoslowakei) so einen kleinen Hauch von Freiheit mitbekommen. Das ist auch wiederum ein Stück Kulturgeschichte, ein Stück Erfahrung, ein Stück Lebenswirklichkeit.

Mein Plädoyer sollte ja nichts anderes bedeuten als diese Lebenswirklichkeit einzuarbeiten, sogar von ihr auszugehen und das auch als Dialog mit dem Leser, mit dem Publikum zu begreifen. Ob das nun Volkspädagogik ist oder nicht, ich verstehe es im Grunde nicht, dass dieser Begriff so fürchterlich negativ belegt ist. Ich habe meine Arbeit immer als eine aufklärerische, emanzipatorische, auch politische empfunden. Ich selbst würde mir dieses Etikett „volkspädagogisch“ anheften wollen. Aber ich will hier nicht gleich dem, mit dem ich in den Dialog trete, sozusagen mit einem Holzhammer wie Diktaturenvergleich oder totalitärer Staat, Unrechtsstaat vor den Kopf schlagen, denn dieses Vorgehen ist keine Einladung zu einem offenen Dialog. Diese Erkenntnis muss am Ende herauskommen. Ich gehe von der Lebenswirklichkeit aus, versuche diese als Lebenswirklichkeit, als Erfahrung zu beschreiben und komme dann zu den totalitären Strukturen. Und in der Tat reagieren dann einige Leute so, als ob ich ihnen da irgendwie zu nahe getreten wäre.

Mary Fulbrook:

Es wurde darüber diskutiert, ob wir Mosaiksteinchen sammeln sollten, Detailstudien machen sollten, es wurden Worte benutzt wie „wir müssen“ noch mehr Detailstudien machen. Und ich frage mich, wer sind „wir“ und wer sagt „wir müssen“? Manche Historiker können das machen, wenn sie die nötigen Forschungsgelder dafür bekommen, andere Historiker würden vielleicht lieber Synthesen machen, aber es gibt doch Pluralismus. Ich möchte dazu sagen: Es gibt Geschichtsbilder, es gibt Paradigmen und ich stimme Herrn Jarausch sehr stark zu, man kann nicht immer Löcher füllen, wenn man glaubt, dass das Paradigma irgendwie falsch ist. Es gibt verschiedene Paradigmen, die sich nicht miteinander vereinen lassen, und man muss dann sagen, was wäre besser, wie kann man das besser als Gesamtbild sehen. Das „Dritte Reich“ ist ein sehr gutes Beispiel dafür. Wir hatten lange Debatten darüber, ob es totalitär war oder ob nicht Polykratie ein besseres Wort für die NS-Herrschaftsstrukturen wäre. Daraus ist eine sehr frucht-

bare Debatte herausgewachsen und es wurden neue Einsichten gewonnen. Ich glaube, das kann man in der Geschichte machen. Nicht alle Paradigmen sind miteinander vereinbar, es kann nicht Relativismus herrschen, der behauptet, alle Einsichten sind ebensogut. Es kann Pluralismus im Sinne von verschiedenen Paradigmen sein, aber wir müssen uns im klaren darüber sein, dass es verschiedene Paradigmen gibt, dass manche Paradigmen sich nicht mit anderen Paradigmen vereinen lassen, dass wir die Freiheit haben müssen, uns darüber zu streiten und zu sehen, ob manche Paradigmen besser das erklären, was wir wollen, als andere Paradigmen. Während die grossen Debatten über das „Dritte Reich“ jetzt im wesentlichen vorbei sind, finden die Debatten über die DDR erst jetzt statt. Aber es sollten sich nicht nur Detailstudien häufen, es sollten auch die grösseren Fragen debattiert werden.

Ich möchte noch eine Bemerkung zur Frage der Nationalgeschichte machen. Es gibt keine Nationalgeschichte in einem einfachen Sinn. Es gibt Geschichten der verschiedenen Arten und Weisen des Glaubens an die Nation. Viele Leute haben in beiden Teilen Deutschlands noch längere Zeit an die Nation geglaubt; am Ende weniger im Westen als im Osten, aber das ist nicht nur eine deutsche Geschichte oder zwei deutsche Geschichten, es gibt auch Transformationsprozesse in Europa und in der Welt, die die Nation und den Nationalstaat verändern, zum Beispiel die Globalisierung der Kultur, die Internationalisierung der Volkswirtschaft, die Integration der Wirtschaften in der Europäischen Union usw. Es gibt also verschiedene längere Transformationsprozesse. Ich möchte sagen und damit noch einmal das betonen, was ich vorhin gesagt habe: Man kann verschiedene methodologische Entscheidungen treffen, wie man an die Vergangenheit herangehen will und diese Entscheidungen sind auf einem breiten Spektrum möglich, aber sie sind nicht alle gleich, sie sind nicht alle ebensogut wie die andere, manche sind aufschlussreicher als andere, manche sind mehr politisch befrachtet als andere. Ich bin sehr dafür, dass wir darüber noch streiten können.

Udo Wengst:

Es ist die Äusserung gefallen, dass der Historiker für die Wahrheit zuständig sei. Ich glaube aber nicht, dass der Historiker für die Wahrheit zuständig ist, das ist eher die Angelegenheit von Theologen und Philosophen. Der Historiker hat meines Erachtens die Aufgabe, den Versuch der Rekonstruktion - nicht der Konstruktion - der Vergangenheit aufgrund aller erreichbaren Quellen zu machen. Wenn man Geschichte als intellektuelle Aneignung von Vergangenheit definiert, dann hat der Historiker die Pflicht, reflektierte Geschichtsbilder zu vermitteln, die um so wichtiger werden, je mehr die Erinnerung verblasst. Insofern hat der Historiker auch eine volkspädagogische Aufgabe. Wenn ich den Nutzen der Zeitgeschichtswissenschaft in der jetzigen Situation definieren soll, dann muss

ich das aufgreifen, was Herr Jarausch in seinem Eingangsstatement gesagt hat, nämlich: Es ist Aufgabe einer gemeinsamen Zeitgeschichte - wie immer diese im einzelnen auch aussehen mag -, zur Stiftung der demokratischen Identität in Deutschland beizutragen.

Konrad H. Jarausch:

Ich denke, dass ist schon fast ein gutes Schlusswort, denn es geht wirklich darum, welche zentrale Frage wir behandeln wollen. Und wenn wir uns darüber unterhalten, möchte ich doch noch einmal auf mein Angebot dieser kontrastierenden Problemgeschichte zurückkommen. Denn damit kann man gleichzeitig Diktatur und Demokratie problematisieren. Beim Totalitarismus wird Diktatur problematisiert und Demokratie vorausgesetzt. Das ist eine Geschichte nur in einer Richtung, wir aber brauchen eine Geschichte in beiden Richtungen. Deswegen ist die Sozialgeschichte auch nicht unpolitisch, sondern von der Gesellschaft her ein anderer Blick auf die Politik. Es ist ganz wichtig, dass die Erinnerungen in den Prozess dieser Geschichtsrekonstruktion mit einbezogen werden, denn sonst machen wir wieder, was schon in den fünfziger Jahren passiert ist, und zwar in beiden Teilen Deutschlands, nämlich eine kritische Geschichte, die mit der Erinnerung der Zeitgenossen kaum etwas zu tun hatte. Dagegen haben wir jetzt eine Chance, eine kritische Geschichte zu schreiben, die sich auf diese Erinnerungen bezieht, sie mit aufnimmt, aber sie gleichzeitig auch hinterfragt.

Der nachfolgende Beitrag von Dr. Wolfgang Bergem, Bergische Universität - Gesamthochschule Wuppertal, ist in Heft 4, Juli/August 1999, der Zeitschrift Deutschland Archiv erschienen. Wir danken der Redaktion des Deutschland Archivs an dieser Stelle nicht nur für die Genehmigung für dessen Nachdruck, sondern auch für die engagierte Unterstützung, die die Organisatoren des Geschichtsforums durch die Zeitschrift erfahren haben.